

---



---

## Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

---



---

### 18 Einkommensunterschiede und soziale Stabilität be- unruhigen Parteikader

Jedes Jahr befragt die Parteischule des ZK der KP Chinas höhere Kader (ab Stadtebene), die an ihren Schulungskursen teilnehmen, zu ihren Ansichten zur Lage Chinas und zum Reformprozess. Von den 107 in diesem Jahr Befragten wurden die Probleme „Einkommenskluft“, „öffentliche Sicherheit“ und „Korruption“ mit 43,9%, 2,43% und 8,4% als die drei dringendsten genannt. Auffällig ist dabei, dass die noch im letzten Jahr als bedrohlich angesehene Frage der Arbeitslosigkeit diesmal von 23,3% auf 3,7% abfiel, und auch die Korruption hatte 2003 noch 15,5% der Nennungen erhalten. Dennoch zeigt auch das diesjährige Ergebnis sehr deutlich, dass es große Befürchtungen im Hinblick auf die soziale Stabilität in China gibt: Fast 59% der befragten Kader gaben an, dass deren Erhalt der entscheidendste Faktor für die weitere erfolgreiche Entwicklung der Reform sei, und befanden sich damit in Übereinstimmung mit den im Vorjahr Befragten. Zugleich deuten die Antworten auf eine weitgehende Übereinstimmung mit der Parteilinie hin, denn 88,8% zeigten sich zuversichtlich, dass der Reformprozess erfolgreich verlaufen werde (nur 1,9% ließen es an Zuversicht mangeln), und 61% hielten auch das Tempo der Reformen für ausreichend; für 28% ist es zu langsam und 6,5% sehen gar keinen Fortschritt.

Die Ansichten der befragten Kader zur Notwendigkeit, die soziale Stabilität zu erhalten, treffen sich mit denen der politischen Führung in China – wobei hier nicht geklärt werden kann, ob sie Reflex auf deren Aussagen sind oder ob nicht vielmehr die Ereignisse an der gesellschaftlichen Basis die Zentrale mit dazu bewegen haben, die „Schaffung einer harmonischen Gesellschaft und die Sicherstellung der sozialen Stabilität“ zu einem Eckpfeiler ihrer Entwicklungsstrategie zu machen.

Ausdruck dieser strategischen Richtlinie war auch ein Kommentar in der Armeezeitung *Jiefang Ribao*, den wiederum die Parteizeitung *Renmin Ribao* paraphrasierte. Darin wird darauf hingewiesen, dass eine grundlegende Umgestaltung, wie sie die chinesische Gesellschaft durchmacht, unvermeidlich soziale Widersprüche und Probleme hervorbringt. Umso dringender sei es dann aber, dass alle Kader und besonders die an der gesellschaftlichen Basis bei der Lösung dieser Widersprüche an der vordersten Front stehen. Dabei sollten sie nicht nur reagieren, sondern selbst die Initiative zur Lösung ergreifen; sie müssten die Symptome destabilisierender Trends frühzeitig erkennen und nicht passiv warten bis es zu spät sei. Nur so könnten Harmonie und Stabilität erhalten bleiben. (XNA, 20., 29.11.04; RMRB online, 23.11.04) -gs-

### 19 Lösung der Probleme der Bauernarbeiter wichtig für soziale Stabilität

Dass die Frage der Beschäftigungs- und Lebensbedingungen der Bauernarbeiter (*nongmingong*) von der chinesischen Regierung für den Erhalt der sozialen Harmonie eine prominente Rolle spielt, machte diese im November durch verschiedene Tagungen erneut deutlich. An erster Stelle sei hier eine Sitzung des Staatsrats genannt, die sich unter der Leitung von Ministerpräsident Wen Jiabao mit der Vorbereitung der Olympischen Spiele in Beijing 2008 und mit den Beschäftigungsproblemen der Bauernarbeiter befasste. In seinem Bericht wies das Arbeitsministerium darauf hin, dass ein „geordneter“ (*youxu*) Prozess der Anstellung von Bauern in den Städten äußerst wichtig sei für den Transfer ländlicher Arbeitskräfte in den nichtlandwirtschaftlichen Bereich, für den Anstieg der bäuerlichen Einkommen und für die ausgeglichene Entwicklung von Stadt und Land. Die Regierungen aller Ebenen hätten hier Verantwortung und müssten sich um den Schutz der legitimen Rechte der Bauernarbeiter kümmern. Hierbei gehe es in erster Linie um die Zahl der noch ausstehenden Löhne, weiter um die Aufhebung der Diskriminierung im Arbeitsverhältnis, dann um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmun-

gen für Löhne, Arbeits- und Ruhezeiten, gegen Kinderarbeit und für den Gesundheitsschutz. Weitere Verbesserungen seien in der Arbeitsvermittlung, in den Einstellungsprozessen und beim Unfallschutz erforderlich.

China hatte nach neuesten Angaben im Jahre 2003 eine Wanderbevölkerung von ca. 140 Mio. Menschen, also mehr als 10% der Bevölkerung, von denen der überwiegende Teil vom Lande kam und rund 80% 35 Jahre und jünger waren. Diese Angaben wurden auf einer Tagung zur Geburtenplanung in Ningbo gemacht, für deren unzureichende Umsetzung in der Vergangenheit vor allem auch die Wanderbevölkerung verantwortlich gemacht wurde. Jetzt allerdings hat sich der Ton verändert: Auf der Tagung forderte Zhang Weiqing, der Leiter der Staatlichen Kommission für Bevölkerung und Familienplanung, dazu auf, den Schutz der Gesundheitsrechte der Migranten zur Grundlage der Arbeit zu machen. Ähnlich war der Tenor auch auf einer Konferenz der Ministerien für öffentliche Sicherheit, Bauwesen und zivile Angelegenheiten in Beijing, die sich mit den Fragen der Unterbringung von Migranten, der Schulbildung für deren Kinder und der ausstehenden Gehälter befasste.

Zur Gleichbehandlung von Migrantenkindern in privaten und öffentlichen Schulen wurden vor allem in Beijing entsprechende Bestimmungen erlassen. Um dies abzusichern, wurde verordnet, dass die Stellenpläne der Schulen sich nach den real dort vorhandenen Schülern und nicht nach den Schülern mit entsprechender Wohnortregistrierung (*hukou*) richten sollen. In Beijings privaten und öffentlichen Schulen werden derzeit 234.798 Migrantenkinder unterrichtet, davon 214.029 in öffentlichen Grund- und Mittelschulen. Um Klarheit über die tatsächlich vorhandenen Migrantenkinder zu bekommen, haben die Städte Wuxi und Shijiazhuang Datenbanken eingerichtet, in denen alle entsprechenden Kinder unter 16 Jahren registriert werden sollen. Sie sollen die notwendigen Informationen speichern, um die Rechte der Kinder zu schützen.

Zu den Lohnrückständen mehrten sich in der Presse die Erfolgsmeldungen. So sollen in den 31 Provinzen, Städten und regierungsunmittelbaren Ge-

bieten Chinas im Jahre 2003 von den insgesamt 33,506 Mrd. Yuan RMB an ausstehenden Löhnen bereits 30,359 Mrd. erhoben worden sein, also 90,61%. Dabei wurde die Summe von 17,105 Mrd. Yuan RMB, die noch für 2003 selbst ausstand, vollständig gezahlt, Rückstände aus der Zeit vor 2003 allerdings noch nicht. Dies soll bis zum Frühlingsfest 2005 erfolgen. Fehlen hier auch nur noch 2,5 Mrd. Yuan RMB, so sind doch die Rückstände in den einzelnen Provinzen, Städten und Gebieten sehr unterschiedlich. In Tianjian, Shanghai, Shandong, Guangdong, Jiangsu, Anhui, Hubei, Zhejiang und Beijing hatten die Bauernarbeiter bis zum 22. Oktober d.J. bereits 95% dieser Rückstände aus der Zeit vor 2003 erhalten, in anderen Provinzen lag die Zahl bei unter 60%. Das Arbeitsministerium hat in einem Rundschreiben eine landesweite Inspektion gemeinsam mit dem Bauministerium und dem Gewerkschaftsbund für die Zeit vom 1.12.2004 bis 1.2.2005 angekündigt. Das Problem, so das Ministerium, müsse von der Regierung sehr ernst genommen werden, Unternehmer, die die Löhne absichtlich nicht zahlten, müssten bestraft werden.

Solche Strafen sehen „Bestimmungen zur Überwachung der Arbeitssicherheit“ vor (RMRB, 15.11.04), die am 1. Dezember in Kraft treten, und deren Hauptziel es u.a. ist, die soziale Stabilität zu erhalten. Ihnen zufolge müssen Unternehmen, die Löhne oder Teile von Löhnen vorenthalten, zusätzlich eine Strafe von 50 bis 100% zahlen. Die Bestimmungen, die vor allem lokale Regierungen bei der Überwachung der Arbeitssicherheit in die Pflicht nehmen und eine Professionalisierung der Inspektionen herbeiführen sollen, sehen auch Strafen bei ungesetzlichen Überstunden, fehlender Gesundheitsvorsorge, fehlenden Arbeitsverträgen und nicht abgeführten Sozialversicherungsbeiträgen vor. Es dürfte bereits ein Ergebnis der neuen Sicht auf die Bauernarbeiter als städtische Beschäftigte sein, dass diese überhaupt als Nutznießer der Bestimmungen gesehen werden, die global von Beschäftigten (*laodongzhe*) sprechen.

Die Diskriminierung der Bauernarbeiter wird u.a. auch für den in Südchina aufgetretenen Mangel an billigen Arbeitskräften gesehen. Insofern

versucht die Regierung der Provinz Guangdong diesem Mangel durch Anhebung der Löhne und Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu begegnen. Die Stadtregierung von Guangzhou kündigte an, den offiziellen Mindestlohn um ein Drittel von 510 Yuan auf 684 Yuan RMB anzuheben. Er liegt damit über den Mindestlöhnen in den entwickelten Yangzigeieten Shanghai (570 Yuan) und Jiangsu (620 Yuan). In arbeitsintensiven Fabriken werden sich die Arbeitskosten durch die Anhebung ab Dezember extrem erhöhen, gleichzeitig zeigen Untersuchungen des Arbeitsministeriums, dass nur Unternehmen mit Löhnen über 1.000 Yuan keine Probleme bei der Rekrutierung von Arbeitskräften haben und solche mit Löhnen zwischen 700 und 1.000 Yuan nur kleinere Probleme. Die gleiche Untersuchung zeigte im Übrigen, dass die Löhne der Bauernarbeiter im Perfulssdelta sich in den letzten 12 Jahren nur um durchschnittlich 68 Yuan erhöhten.

Angesichts der neuen Bestimmungen wird es auch in Südchina in Zukunft vor allem darum gehen, ob die lokalen Regierungen in der Lage und willens sein werden, diese auch durchzusetzen. Die *Straits Times* wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass viele von ihnen inzwischen *shareholder* in den Fabriken geworden sind. (RMRB, 2., 5., 11., 28.11.04; GMRB, 5.11.04; ST, 8., 26., 29.11.04; XNA, 23.11.04; SCMP, 16.11.04, nach BBC EF, 17.11.04; FT, 3.11.04) -gs-

## 20 Beschäftigungsziel für 2004 wird erreicht

Das chinesische Arbeitsministerium geht davon aus, dass das Beschäftigungsziel für 2004 erreicht werden kann, da es gelungen ist, bereits innerhalb der ersten 10 Monate des Jahres 8,4 Mrd. neue Arbeitsplätze zu schaffen und 4,3 Mrd. von Unternehmen freigesetzte Arbeitskräfte (*xiagang zhigong*) wieder zu beschäftigen. Die Ziele, die sich das Ministerium gesetzt hatte, liegen bei 9 Mrd. und 5 Mrd. Entsprechende Erfolge werden auch aus den einzelnen Provinzen gemeldet, so z.B. aus Henan, wo das Ziel für die Wiederbeschäftigung von Freigesetzten mit 447.800 zu 133% erfüllt werden konnte; auch für schwer vermittelbare ältere Ar-

beitskräfte konnte man dort die Zielvorgabe mit über 137% übererfüllen. Als Grund für die Erfolge wird angegeben, dass Vor-Ort-Studien, Mikrokredite für Unternehmensgründungen, Ausbildungs- und Trainingsmaßnahmen, die Systematisierung der Vermittlungsarbeit sowie die neue politische Strategie der „Vorzugsbehandlung“ von Freigesetzten beginnt ihre Früchte zu tragen. Letztere, unter der landesweit bereits 14 Mrd. Freigesetzte einen „Wiederbeschäftigungs-Vorzugsausweis“ (*zaijiuyue youhuizheng*) erhalten haben, ermöglicht Gebührenfreie oder -ermäßigte Ausbildung und Berufsvermittlung sowie Zuschüsse bei einer Neuanstellung.

Angesichts der engen Arbeitsmarktlage für höher qualifizierte Arbeitskräfte und zugleich der Öffnung des öffentlichen Dienstes für Nichtstudenten verzeichnete dieser einen großen Ansturm an Bewerbern. Für die diesjährige Beschäftigungsrunde meldeten sich auf jeden der 8.400 angebotenen Arbeitsplätze in 103 Abteilungen durchschnittlich 37 Bewerber. Den größten Andrang verzeichnete das Personalministerium mit 333 Bewerbern für jeden Job.

Das System der Freisetzen will das Arbeitsministerium innerhalb der nächsten drei Jahre bis 2007 beenden. Bei dieser Maßnahme handelt es sich um eine chinesische Besonderheit, die aus Gründen der sozialen Stabilität die in Staatsbetrieben überschüssigen Arbeitskräfte anders behandelt als andere Arbeitslose. Arbeitskräfte, die freigesetzt werden (*xiagang*), behalten ihr Arbeitsverhältnis und eine Unterstützung zum Lebensunterhalt, die entweder der Betrieb oder ein Wiederbeschäftigungszentrum (*zaijiuyue fuwu zhongxin*) zahlt, an das die Freigesetzten überstellt werden. Laut einem Kommentar in der *Volkszeitung* wurden seit 1998 28 Mio. Arbeitskräfte an diese Zentren überstellt. Diese Maßnahme war von Beginn an als Übergang gedacht, und zwar in doppelter Hinsicht: Arbeitskräfte, die nach drei Jahren keine neue Beschäftigung gefunden hatten, sollten dann in die Arbeitslosigkeit (*shiye*) entlassen werden und somit von der Arbeitslosenversicherung oder der Sozialhilfe aufgefangen werden; und das System der Freisetzen selbst sollte schrittweise auslaufen und somit die Doppel-

gleisigkeit bei Entlassungen und bei der sozialen Absicherung zugunsten einer einheitlichen Marktlösung beendet werden (*binggui*). Dem Kommentar zufolge wurden auch knapp 20 Mio. Freigesetzte wieder vermittelt, aber dennoch verwalten die Zentren immer noch 2 Mio. Arbeitskräfte. Das Fortbestehen des Systems zeige sich auf verschiedene Weise: Freigesetzte bleiben in den Zentren oder halten ihr Arbeitsverhältnis zum Betrieb auch nach Verlassen aufrecht, z.T. werden auch noch neue Freigesetzte an die Zentren überstellt; einige Betriebe können das Arbeitsverhältnis nicht lösen, weil sie ausstehende Löhne nur in Raten zahlen können; und seitens der Politik werden keine konkreten Schritte zur Beendigung der Maßnahme ergriffen. Dies müsse sich dringend ändern, so der Kommentator, denn das System verleite die Freigesetzten zu Passivität, schüre Unfrieden zwischen den aus den Zentren entlassenen und den weiterhin dort geführten Arbeitskräften und nehme den Druck von den Staatsunternehmen, sich weiter zu reformieren. Aber auch die Regierungen hätten so keinen Druck, auf Reformen zu drängen und in diese zu investieren. Um die Schaffung eines Arbeitsmarktes zu befördern, sei die Zusammenführung des doppelgleisigen Beschäftigungssystems zu einem eingleisigen unbedingt erforderlich. (RMRB, 2.10., 5., 8., 30.11.04; SCMP, 3.11.04) -gs-

## 21 Stadtentwicklung und soziale Stabilität

Um ihr Ziel einer „harmonischen Gesellschaft“ nicht zu gefährden, hat die chinesische Staats- und Parteiführung für eine ausgewogene soziale und wirtschaftliche Entwicklung plädiert. Einer der Schwerpunkte dabei ist die ausgewogene Entwicklung zwischen städtischen und ländlichen Gebieten, mit der sich eine Arbeitskonferenz verschiedener Regierungsabteilungen unter Beteiligung von Wissenschaftlern und Politbüromitgliedern am 9. November in Beijing befasste. Die ausgewogene Stadt-Land-Entwicklung wurde dabei vom Politbüromitglied Hui Liangyu als Kernpunkt bei der Schaffung einer Gesellschaft von bescheidenem Wohlstand, der Lösung der Landwirtschaftsfrage ebenso

wie der Stärkung der Regierungskapazität und nicht zuletzt dem Erhalt der sozialen Stabilität bewertet.

Um den Beschäftigungsdruck auf dem Lande zu lockern, kündigte der Bauminister Zhai Baohui laut Xinhua vermehrte Investitionen in mittelgroße Städte an. Diese sollten eine Bevölkerung von 200-500.000 Einwohner haben und verhindern, dass immer mehr Migranten in die großen Städte abwandern. Die Großstädte wiederum spielten nach seiner Ansicht eine wichtige Rolle bei der Integration Chinas in die globale Wirtschaft. Diese Rolle betonte auch Niu Wenyuan, ein Wissenschaftler der Akademie für Wissenschaften (CAS) in Beijing, der auf einem Forum von Bürgermeistern die Ansicht äußerte, dass sich die drei Metropolregionen an Chinas Ostküste (Bohai-Bucht, Yangzi-Delta, Perlfussdelta) noch weit stärker entwickeln sollten, um die wirtschaftliche Entwicklung zu befördern. Wenn sich die Entwicklung einerseits auf wenige Zentren konzentrierte, dann könnte durch dieses geplante (und nicht blinde) Wachstum andererseits eine ausgeglichene Entwicklung von großen, mittleren und kleinen Städten erfolgen, was die Kluft zwischen Stadt und Land verringern helfe. Derzeit würden die drei Metropolregionen nur 37% zum chinesischen BIP beitragen, weit weniger als die drei größten Metropolregionen in den USA oder Japan; dieser Beitrag müsse laut dem China Urban Development Report der CAS bis auf 65% steigen, damit die Regionen wirklich zu den Wirtschaftszentren des Landes werden und den Entwicklungsdruck von anderen Gebieten nehmen.

Wie problematisch die weitere Entwicklung der Städte ist, machen Meldungen aus Beijing, Shanghai und Xi'an deutlich, die von einer Ausweitung der Vorstädte sprechen. Shanghai will bis zur Expo 2010 fast 800.000 Bewohner in neue Zentren am Stadtrand umsiedeln, um die innerstädtische Infrastruktur zu entlasten. Auch Xi'an plant die Umsiedlung von 170.000 Menschen, um die Übervölkerung der Innenstadt zu reduzieren und so auch das historische Erbe besser schützen zu können. Diese Maßnahmen könnten sich als hoch kontrovers erweisen, da zum einen die Stadtbewohner der Umsied-

lung widersprechen, die mit dem Verlust angestammter Wohnräume, mit Arbeitsplatzwechsel oder -verlust oder auch mit längeren Fahrzeiten einhergeht; zum anderen können sie aber auch zu Protesten von Bauern führen, die mit der Requirierung ihres Agrarlandes für Baumaßnahmen rechnen müssen. Versprochen wird den Betroffenen eine Verbesserung ihrer Lebens- und Wohnbedingungen. Hier hat das Bauministerium generell Pläne bekannt gegeben, bis zum Jahre 2020 die durchschnittliche Pro-Kopf-Wohnfläche in China auf 35 qm anzuheben, dies sei dem Ziel des „bescheidenen Wohlstands“ angemessen. In der Tat würde die Verwirklichung einen immensen Fortschritt darstellen: Noch 1984 hatte jeder Chinese durchschnittlich 4,8 qm Wohnraum zur Verfügung, 2003 waren es 23,7 qm in den Städten und 27 qm auf dem Land.

Auch Beijing will dem zunehmenden Bevölkerungsdruck und den infrastrukturellen und Ressourcenproblemen durch Umsiedlung begegnen. Nach einem Stadtentwicklungsplan von 1993 sollte die Stadtbevölkerung bis zum Jahre 2040 auf 14 Mio. anwachsen, diese Zahl wurde allerdings schon im letzten Jahr erreicht, 37 Jahre früher. Und die Zahl der Fahrzeuge solle bis zum Jahre 2010 auf 1,3 Mio. steigen, erreichte aber schon im Juni 2004 die Zahl von 2,2 Mio. In den nächsten 16 Jahren nun, so sieht es ein Entwicklungsplan bis 2020 vor, soll das Bevölkerungswachstum verringert werden, sodass dann nur 18 Mio. Menschen in der Stadt wohnen. Dafür ist es notwendig 11 „neue Städte“ bzw. „Satellitenstädte“ mit eigenen Zentren zu bauen. Dies wäre auch eine Abkehr vom jetzigen Modell der „konzentrischen Kreise um ein Zentrum“ (derzeit wird die 7. Ringstraße gebaut), das zumindest zwei Nachteile hat: Zum einen konzentriert sich angesichts der Ansammlung von mehr als 400 Regierungsorganen und Institutionen ein Viertel des Verkehrs auf die Innenstadt, obwohl diese nur 12% der Gesamtfläche ausmacht, zum anderen haben immer mehr Bewohner immer weitere Wege. Einer der Kernpunkte der weiteren Entwicklung ist dementsprechend auch der Ausbau des öffentlichen Verkehrssystems. (RMRB online, 1.11.04; XNA, 8., 9.11.04; SCMP, 8., 18., 24.11.04; ST, 4., 15.11.04) -gs-

## 22 Fortschritte in Wissenschaft und Technik gefordert

Ministerpräsident Wen Jiabao sieht für China in den ersten zwei Dekaden des 21. Jahrhunderts „strategische Möglichkeiten“ für bedeutende Entwicklungen im wissenschaftlichen und technischen Bereich. Er betonte dies anlässlich eines Besuches in der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) am 1. November, die an diesem Tag ihr 55-jähriges Bestehen feierte. China, so Wen, müsse sich auf Fortschritte in Wissenschaft und Technik (Science & Technology, S&T) stützen, wenn es seine industrielle Struktur verändern, seinen Wachstumsmodus transformieren, die Qualität und die Erträge seiner Wirtschaft verbessern und die Gesellschaft wie die Wirtschaft koordiniert und dauerhaft entwickeln wolle. Die S&T-Entwicklung sehe sich dabei zwei Aufgaben gegenüber: Zum einen müssen diese Bereiche ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit in einer neuen Runde der S&T-Revolution verbessern, zum anderen müsse die Intergration von S&T und chinesischer Wirtschaft vorangerieben werden. Dazu gehöre auch die Errichtung ein nationalen Systems für das S&T-Management und Innovationen. Der CAS komme dabei eine große Rolle zu, sie müsse zur höchst qualifizierten Einrichtung für wissenschaftliche Forschung und S&T-Innovation werden, zur Basis für die Herausbildung talentierter Forschungsindividuen sowie für die Entwicklung neuer und fortgeschrittener technologischer Industrien.

Um diese Zielsetzungen zu erreichen, hat die CAS seit 1998 einen tief greifenden Reformprozess durchlaufen, wie die GMRB zum 1. November in einem Leitartikel ausführte. Leitlinie dieses Prozesses, der Chinas Spitzeneinrichtung für S&T den Anschluss an die internationalen Standards bringen soll, ist das „Wissens- und Innovationsprogramm“ (*zhishi chuangxin gongcheng shidian gongzuo*), das die Formulierung klarer Ziele für Wissen und Innovation sowie klarer Arbeitsschwerpunkte und damit sowohl die Schaffung einer neuen Innovationskultur als auch eine neue Organisationsstruktur vorsieht. Im Zuge der Reform wurden 18 Wissens- und Innovationsstützpunkte geschaffen und 45

Forschungsinstitute wurden zu 15 zusammenggeführt; so wurden z.B. vier mathematische Institute zu einem Institut für Mathematik und systematische Wissenschaften zusammengelegt, wodurch Überschneidungen beseitigt und Forschungskapazitäten konzentriert wurden. Dadurch wurde allerdings auch Personal freigesetzt („1998 nian! yanjiuyuan xiagang“), in diesem Fall übernahm das neue Institut zunächst nur 60 der 160 bisherigen Forscher. Veränderungen gab es dabei nicht nur im Personalsystem, sondern auch in den Bereichen Ressourcenvergabe, Bewertung der Forschungsergebnisse, Anreize und Vermögensverwaltung. Beförderung nach Status und gleichmäßige Ressourcenzuteilung wurden zugunsten von Wettbewerbsystemen aufgegeben; alle Mitarbeiter erhielten 1999 nicht nur Anstellungsverträge (*pin Yong hetong*), sondern wurden auch für bestimmte Tätigkeiten angestellt (*an Xu shegang*); die traditionelle Bewertung nach Berufsstatus (*zhicheng pingding*) wurde beendet und stattdessen eine neue leistungsbezogene Entlohnung eingeführt, die von den Beiträgen zum wissenschaftlich-technischen Innovationsprogramm ausgeht. Im Ergebnis wurden von den 1998 noch beschäftigten 44.000 Stelleninhabern nur 70% übernommen; die Gesamtzahl der Beschäftigten änderte sich aber nicht, da zusätzlich Aspiranten (*yanjiusheng*) und befristete Mitarbeiter (*liudong ren Yuan*) die Reihen auffüllen. Die Erfolge der Restrukturierung zeigen sich u.a. in der internationalen Anerkennung. So stieg die Zahl der Referenzen im Science Citation Index von 5.860 im Jahre 1998 auf 12.060 im Jahre 2003. Und die Zahl der Patentanträge und -rechte stieg im gleichen Zeitraum von 694 bzw. 76 auf 2.617 bzw. 1.055 und damit um 277% bzw. 1388%.

Einige Beobachter sehen aufgrund u.a. dieser Entwicklungen sowie den gesteigerten Ausbildungsbemühungen von Chinas Hochschulen das Land in den nächsten zehn Jahren an die wissenschaftliche Weltspitze vorstoßen. Noch seien, so der schwedische Forscher Prof. Sigurdson, zwar die meisten der 740.000 Forscher zu alt und nicht auf den Weltmarkt eingestellt, aber das werde sich bis 2013 ändern. Auch Prof. von Zedtwitz, der an der Qinghua-Universität lehrt, sieht China inner-

halb der nächsten fünf oder mehr Jahre Deutschland und Japan hinsichtlich von unternehmensbasierten R&D-Aktivitäten überholen, da immer mehr multinationale Unternehmen ihre Forschung nach China verlagern. Ganz anders beurteilt Dr. Cao vom East Asian Institute in Singapur die Lage, wonach China bisher nicht in der Lage war, sich im Forschungsbereich an die notwendigen Standards anzupassen und auch weiter von Technologieimporten abhängig sein wird.

Letztere Auffassung wird z.T. auch in China selbst vertreten, wie ein Beitrag dreier führender chinesischer Wissenschaftler deutlich machte, der in einem chinesischen Supplement zur Zeitschrift *Nature* erschien (China voices II, Supplement to nature, vol. 432, no. 7015, 18 November 2004, Text unter [http://www.natureasia.com/ch/webfocus/chinavoices/pdfweb/Rule%20by%20Merit\\_Rao.pdf](http://www.natureasia.com/ch/webfocus/chinavoices/pdfweb/Rule%20by%20Merit_Rao.pdf)). In ihrem Beitrag beschuldigen Zou Chenglu (CAS), Rao Yi (Northwest University) und Lu Bai (US National Institute of Science) das Wissenschaftsministerium, zu einem wesentlichen Hindernis auf dem Weg zur Entwicklung einer wettbewerbsfähigen Wissenschaft und Technologie geworden zu sein. Grund dafür seien Relikte aus der Zeit der Planwirtschaft, vor allem die bürokratische und politisch gesteuerte Vergabe von Forschungsmitteln, die wiederum zu überbesetzten und unprofessionell geleiteten Forschungsteams führe. Dieses unproduktive System würde auch chinesische Wissenschaftler in Übersee davon abhalten zurückzukehren.

Der Beitrag der drei Forscher, darunter des jüngeren Bruders von Zou Jiahua, ehemals stellvertretender Vorsitzender des Nationalen Volkskongresses, wurde sofort von einigen chinesischen Internetportalen veröffentlicht, aber inzwischen wieder aus dem Netz genommen. Dass die chinesische Regierung öffentliche Äußerungen von Intellektuellen nicht schätzt, machte sie im Übrigen auch dadurch deutlich, dass sie die Medien über die Öffentlichkeitsabteilung anweisen ließ, das Thema der „öffentlichen Intellektuellen“ nicht weiter zu diskutieren. Diese Intellektuellen sehen andererseits die Notwendigkeit, ihrer sozialen Verantwortung gerecht zu werden und sich für soziale Forderungen auch öffentlich einzusetzen. (XNA, 1.11.04, nach

BBC EF, 2.11.04; GMRB, 1.11.04; ST, 27.11.04; *Sunday Morning Post*, 21.11.04, nach BBC PF, 23.11.04; SCMP, 22.11.04) -gs-

### 23 Hochschulgebühren sollen nicht mehr steigen

Der stellvertretende Erziehungsminister Zhang Baoqing hat sich dagegen ausgesprochen, dass die Studiengebühren an Hochschulen in China weiter steigen. Es sei unbedingt notwendig, die Hochschulen weiter zu reformieren, diese Reform dürfe sich aber nicht auf steigende Studiengebühren stützen; Studiengebühren könnten nur zusätzlich zu staatlichen Investitionen genutzt werden. Im Jahre 2003 seien in ganz China Schulgebühren von insgesamt 110 Mrd. Yuan RMB erhoben worden, davon über 40 Mrd. Yuan von Hochschulen, während der Staat dort über 70 Mrd. Yuan investierte. Eine Erhöhung sei auch deshalb nicht angebracht, weil bereits jetzt ein Teil der Studenten erhebliche Probleme habe, sie zu erbringen. In Beijing müsse derzeit ein Student monatlich 300 Yuan für den Unterhalt rechnen und 4.000 Yuan für Studiengebühren und Heimfahrten u.Ä.; seine Kosten belaufen sich im Jahr auf 10.000 Yuan. Eine weitere Erhöhung sei nicht möglich, wenn man bedenke, dass der Anteil von ländlichen Studenten sehr groß sei und auch freigesetzte Arbeitskräfte ihren Kindern eine Ausbildung finanzieren wollen. Erhöhe man weiter, müsse man sicherlich mit Protesten der Bevölkerung rechnen (*laobaixing duici hen xou yijian*). (RMRB, 10.11.04) -gs-

### 24 Neue Devisenregeln für Auslandsstudenten

Das staatliche Devisenamt hat neue Richtlinien für chinesische Auslandsstudenten erlassen, die am 20.12.2004 wirksam werden und die Grenzen für den Ankauf von Devisen anheben. Lag die Grenze bisher bei 20.000 US\$ pro Person pro Jahr, so gilt dann: Devisen für die Schulgebühren werden nach Mitteilung der aufnehmenden Hochschule oder nach Gebührenbescheid pro Jahr gegeben; der Leitsatz für Devisen für den Lebensunterhalt beträgt pro Person pro Jahr 20.000 US\$, wo-

bei die Transaktion, wenn die Summe bis zu 20.000 \$ beträgt, mit einer Bank mit Devisenberechtigung geregelt werden kann; liegt die Summe aber über 20.000 \$, so muss zunächst eine Genehmigung des Devisenamtes eingeholt werden. (RMRB, 18.11.04) -gs-

### 25 Ausbau der Fernbildung auf dem Lande

Insgesamt 23 Regierungsabteilungen, darunter das Agrarministerium, das Erziehungsministerium und das Finanzministerium, wollen gemeinsam mit der Zentralen Landwirtschafts-Radio-und-Fernseh-Schule die Fernbildungsmöglichkeiten für die ländliche Bevölkerung ausweiten. Die Fernbildungsplattform der Schule gilt schon jetzt als eine der größten Fernbildungseinrichtungen der Welt; sie führt fast 3.000 Zweigschulen, 23.000 Schulklassen und beschäftigt 46.000 Menschen, um über verschiedene Medien (Radio, Fernsehen, Internet, Satellitenfunk, Tonbandmaterial) die technische Erziehung der ländlichen Parteimitglieder und der Bauern zu fördern. In den über 20 Jahren ihres Bestehens wurden 120 Mio. Ausbildungseinheiten übermittelt und über 8 Mio. Menschen ausgebildet. Angesichts einer durchschnittlichen nur 7-jährigen Schulzeit auf dem Lande und angesichts dessen, dass 92% der Halb- und Analphabeten auf dem Lande leben, sollen diese Anstrengungen nun weiter ausgeweitet werden. Man wolle eine moderne Fernbildungsplattform schaffen, so der geschäftsführende stellvertretende Schulleiter Zeng Yichun, die sich aller „drei Netze“ bediene, des „himmlischen“ (*tianwang* = Satellitennetz), des „irdischen“ (*diwang* = Internet) und des „menschlichen“ (*renwang* = Lehrpersonal). (RMRB, 24.11.04) -gs-

### 26 Marxismus gegen Religion

Der japanischen Kyodo Agentur zufolge soll das ZK der KP Chinas bereits im Mai d.J. ein Rundschreiben herausgegeben haben, dass eine verstärkte marxistische atheistische Forschung, Propaganda und Erziehung als Gegenmittel gegen zunehmenden Aberglauben (worunter auch Religi-

on verstanden wird), spirituelle Bewegungen (wie Falungong) und westliche feindliche Kräfte fordert. Auch in Westchina, wo der Islam stärker verbreitet ist, sollen öffentliche Bedienstete vermehrt marxistische Erziehung erhalten. Gefordert wird in dem Dokument, das der US-amerikanischen christlichen Gruppe China Aid Association vorliegen soll, weiterhin die restriktivere Handhabung von Richtlinien zum religiösen Austausch zwischen China und dem Ausland. (Kyodo News Service, 18.11.04, nach BBC PF, 19.11.04) -gs-

### 27 Ländliche Gesundheitsversorgung soll verbessert werden

Die Situation des Gesundheitswesens auf dem Lande bereitet der Regierung nach wie vor Probleme, wie jüngste Äußerungen aus dem Gesundheitsministerium zeigen. Ein Grund dafür sei, dass nur 30% der Ausgaben im Gesundheitswesen auf dem Lande getätigt würden, aber 70% in den Städten, wo wiederum nur ein Drittel der Bevölkerung lebe. Dementsprechend stellt das Ministerium zusätzliche Mittel für das Land bereit. Sie sieht ihre Schritte u.a. im Rahmen der regelmäßigen „Drei-fürs-Land“-Kampagne zum Jahresende: „Dem Land Kultur, Wissenschaft und Technik sowie Gesundheit bringen“.

Der stellvertretende Gesundheitsminister Gao Qiang kündigte z.B. am 16. November an, man wolle die Ausbildung der medizinischen Mitarbeiter auf dem Lande verbessern. Dort waren Ende 2003 868.000 Ärzte und medizinisches Personal beschäftigt, das entspricht 1,25 Ärzten/Personal pro Dorf oder 0,98 pro tausend Bauern. Von allen diesen Personen arbeiten nur 74.000 mit dem Ausbildungsniveau von Assistenzärzten in Dorfkliniken. Hier will das Ministerium durch zusätzliche Ausbildungsmaßnahmen ansetzen und bis zum Jahre 2015 85% des medizinischen Personals auf dem Lande auf das Niveau von Assistenzärzten heben.

Aber die Ausbildung der Mediziner ist nur die eine Seite, die andere ist durch die geringen Einkommen der Dorfbewohner geprägt, die sich z.T. überhaupt keine medizinische Betreu-

ung leisten können. Nach Aussagen des stellvertretenden Gesundheitsministers Zhu Qingsheng betrifft dies immerhin über 50% der Landbewohner oder 390 Mio. Chinesen. Wenn diese Menschen krank werden, riskieren 40-60% von ihnen in die Armut abzugleiten. Bei ernsthaften Erkrankungen würden 60-80% der Betroffenen keine Wahl haben als ohne medizinische Versorgung im Hause zu sterben. Ein Krankenhausaufenthalt würde für einen Dorfbewohner durchschnittlich 2.236 Yuan RMB kosten, nur geringfügig weniger als das durchschnittliche ländliche Jahreseinkommen von 2.622 Yuan.

Zugleich sind allerdings auch die Kosten der Gesundheitsversorgung mit 14% Zuwachs seit 1997 weit stärker gestiegen als die durchschnittlichen Einkommen, auch der in den Städten. Dennoch zeigte sich der Minister verwundert, dass Untersuchungen seines Ministeriums im September und Oktober unter 193.689 Bewohnern in 92 Städten und Gemeinden ergeben hatten, dass nicht nur 39% der Dorfbewohner im Krankheitsfall aus finanziellen Gründen keinen Arzt aufsuchen würden, sondern auch 36% der städtischen Kranken. Eine mögliche Erklärung könnten hier die Migranten und die städtischen Arbeitslosen bieten. Geldmangel würde Patienten auch zum Abbruch der Behandlung im Krankenhaus veranlassen: 43,3% der Patienten würden früher auf eigenen Wunsch gehen, davon 60% aus wirtschaftlichen Gründen.

Zur Verbesserung der Situation auf dem Lande soll eine kooperative Gesundheitsversicherung führen, die seit dem Jahr 2000 in 310 Gemeinden ausprobiert wird. Sie schließt derzeit 69 Mio. Bauern ein, die pro Jahr 10 Yuan in eine Gesundheitskasse zahlen. Die Lokalregierung zahlt für jeden Teilnehmer weitere 20 Yuan, wobei die Zentralregierung Mittel in gleicher Höhe wie die Lokalregierungen einbringt, um die Behandlungskosten für die Armen zu tragen. Die Fonds haben nach Angaben von Vizeminister Zhu eine Größe von 3,02 Mrd. Yuan erreicht, 42 Mio. Rechnungen in Gesamthöhe von 1,4 Mrd. Yuan wurden bereits beglichen. Mithilfe dieses Fonds war es möglich, 27,25% der Krankenhauskosten zu tragen. Im nächsten Jahr plane man nun die

Ausweitung auf 500 Gemeinden und bis 2010 sollen alle 2.800 Gemeinden einbezogen sein. Zhu betonte zugleich, dass es sich nicht um ein Wohlfahrtsprogramm, sondern um ein Programm gegenseitiger Hilfe handle; die Ausgaben seien mit maximal 100.000 Yuan pro Bauer begrenzt. Ein Problem könnte die Zweckentfremdung von Fonds sein, immerhin erklärte Zhu, dass ein Drittel aller beteiligten Gemeinden noch ein angemessenes System der Fondsverwaltung errichten müsste. (RMRB online, 16.11.04; XNA, 16., 22.11.04; ST, 6., 24.11.04; SCMP, 6.11.04) -gs-

---

## Außenwirtschaft

---

### 28 EU schätzt Chinas Wettbewerbsfähigkeit höher ein

Anfang November veröffentlichte die EU-Kommission einen Bericht, in dem auf die wachsende Wettbewerbsfähigkeit Chinas hingewiesen wird. Der Bericht mit dem Titel *European Competitiveness Report 2004* behandelt im Kapitel 5 (The Challenge to the EU of a Rising Chinese Economy) die besonderen Herausforderungen des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas, die sich vor allem für die neuen Mitglieds- und Kandidatenstaaten (Bulgarien, Rumänien und die Türkei) ergeben.

In ihrem Bericht streicht die EU-Kommission die herausragende Rolle der ausländischen Direktinvestitionen und das damit verbundenen Wissen über Märkte sowie technologisches und organisatorisches Know-how heraus, das China erworben hat. Allerdings, so die EU, würden sich die Wirtschaftsplaner in China nicht damit zufrieden geben, dass ihr Land zu einem globalen Zentrum für die arbeitsintensive verarbeitende Industrie aufsteige. Vielmehr verfolge China eine gezielte Industriepolitik mit Förderung und Aufbau von technologieintensiven Industrien mit höherer Wertschöpfung. Ausländische Investoren, die neue Technologien einführten bzw. F&E-Zentren in China errichteten, erhielten die meisten Vergünstigungen in Form von Steuerbefreiungen, spezi-

ellen Import- und Exportrechten, Zugang zum Inlandmarkt etc.

Die Ausweitung des „export processing trade“ in China hat aus Sicht der EU zu einer Neuorientierung von europäischen Importströmen zugunsten Chinas geführt, da Produktionskapazitäten aus Hongkong, Taiwan und Südostasien nach China verlagert wurden. Obwohl das absolute Volumen der europäischen Direktinvestitionen in China zugenommen hat, betrug es in der Fünfjahresperiode 1998-2002 nur rd. 1% der gesamten ausländischen Direktinvestitionen. Im Vergleich zur Wirtschaftskraft Europas ist dies nach Ansicht der Kommission sehr wenig – selbst wenn statistische Verzerrungen einbezogen werden.

Mit 50% wird ein erheblicher Teil des EU-Handels mit China über Unternehmen mit Auslandskapital abgewickelt. Bezogen auf alle Unternehmen mit Auslandskapital entfällt auf die EU jedoch nur ein Siebtel des gesamten Außenhandels dieser Unternehmen. Inzwischen wird mehr von Unternehmen mit Auslandskapital in die EU exportiert als aus der EU importiert.

Der Hauptanteil der EU Exporte nach China besteht aus Investitionsgütern, insbesondere Maschinen, die durch lokale Unternehmen zum Aufbau oder zur Modernisierung ihrer Produktionsstätten benötigt werden. Während diese Exporte an chinesische Kunden unabhängig von ihrer Eigentumsstruktur (staatlich, kollektiv oder privat) gehen, wurden die meisten EU-Importe in Unternehmen mit Auslandskapital in China im Rahmen einer komplexen, langfristigen Geschäftsbeziehung produziert. Ein beträchtlicher Anteil an diesen Importen kann demnach als intra-firm-Handel betrachtet werden. Hierbei nutzen europäische Unternehmen ihre chinesischen Tochtergesellschaften, um dort Inputs oder Endprodukte zu beschaffen. Ein anderer Teil des Außenhandels entfällt auf Produzenten aus der EU oder Drittländern, die zu den Original Equipment Manufacturers (OEM) zählen und die ihre Produktionskapazitäten von Drittländern (z.B. Südostasien oder Osteuropa) nach China verlagert haben. Hierdurch wollen sie von den niedrigeren Produktionskosten profitieren und ih-